

Niklas Zimmermann

Besonders raffinierte ‚Revanchisten‘? Die Ackermann-Gemeinde und ihre ‚Osthilfe‘ in die Tschechoslowakei

Zusammenfassung: Die Ackermann-Gemeinde entstand 1946 als katholische ‚Gesinnungsgemeinschaft‘ von Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Tschechoslowakei vertrieben worden waren. Im Vergleich zu anderen sudetendeutschen Organisationen in der Bundesrepublik zeichnete sie sich dadurch aus, dass sie sehr früh Kontakte in den kommunistischen Staat knüpfte. Im Zuge ihrer ‚Osthilfe‘ versandte sie ab Mitte der 1960er Jahre unter anderem theologische Literatur, Belletristik und Medikamente über die deutsch-tschechoslowakische Grenze. Diese Aktivitäten weckten großes Interesse des tschechoslowakischen Innenministeriums und der Staatssicherheit (*Státní bezpečnost* – StB). Denn der Ackermann-Gemeinde gelang es, enge Kontakte zur als staatsfeindlich angesehenen katholischen Kirche zu knüpfen. Mit der Aktion „Revanche“ setzte die StB mehrere Agenten ein, um Adolf Kunzmann (1920–1976), den Innovator und Organisator der ‚Osthilfe‘, zu beobachten. Auch wenn die Prager Behörden die grenzüberschreitenden Aktivitäten nicht vollständig unterbanden, veränderte die Ackermann-Gemeinde ihre Ausgestaltung grundsätzlich.

Schlagwörter: Deutschsprachige Vertriebene; deutsch-tschechische Beziehungen; katholische Kirche; Staatssicherheit (StB); sudetendeutsche Organisationen

Abstract: The *Ackermann-Gemeinde* was founded in 1946 as a Catholic community of ethnic Germans who had been expelled from Czechoslovakia after the Second World War. In comparison to other Sudeten German organizations, the *Ackermann-Gemeinde* made very early contacts with specific circles in communist Czechoslovakia. During its ‘*Osthilfe*’ the *Ackermann-Gemeinde* sent theological literature, fiction and medicines across the German-Czechoslovak border from the mid-1960s onwards. These activities aroused great interest from the State Security Service (*Státní bezpečnost* – StB) because the *Ackermann-Gemeinde* succeeded in establishing close contacts with the Czech Catholic Church, which was viewed as hostile to the Czechoslovak state. With the „revenge“ campaign, the StB used several agents to observe Adolf Kunzmann (1920–1976), the head of the ‘*Osthilfe*’. Even when the Prague authorities did not stop the cross-border activities of the *Ackermann-Gemeinde* completely, they fundamentally changed their outlook.

Keywords: German-speaking expellees; German-Czech relations; Catholic Church; State Security (StB); Sudeten German organizations

Niklas Zimmermann M. A., Redaktion Frankfurter Allgemeine Zeitung, Hellerhofstr. 2–4, 60237 Frankfurt/M., n.zimmermann@faz.de

OpenAccess. © 2022 Niklas Zimmermann, publiziert von De Gruyter.  Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung 4.0 International Lizenz. <https://doi.org/10.1515/9783110795288-007>

Gründung und Entwicklung der Ackermann-Gemeinde

Gedrückte Stimmung herrschte unter den rund sechzig sudetendeutschen Heimatvertriebenen, die sich am 13. Januar 1946 in den Räumlichkeiten des Adelgundenhofs in München versammelten. Gemeinsam beteten sie:

„Heiliger Herr, allmächtiger Vater, ewiger Gott! In bitterster Not rufen wir zu Dir. Wir haben unsere Heimat verloren. Vertrieben von Haus und Hof, getrennt von unseren Lieben, essen wir das harte Brot der Heimatlosen. Hilf uns, daß wir nicht verzweifeln und zugrunde gehen!“¹

Neben dieser Opfererzählung, die auf unmittelbar Erlebtem beruhte, waren in diesem ‚Vertriebenengelöbnis‘ auch selbstkritischere Töne zu hören: „Wir haben nicht nach den Sünden der anderen zu fragen, – wir müssen die eigene Schuld bekennen.“² Dieser Gedanke war in sudetendeutschen Kreisen neu. Das gemeinsame Gebet bildete den Gründungsmoment der Ackermann-Gemeinde (AG), die sich als katholische ‚Gesinnungsgemeinschaft‘ von nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem tschechischen Teil der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen formierte.³ Die AG vertrat von Anfang an einen religiösen wie politischen Anspruch, der durch den Augustinerpater Paulus Sladek (1908–2002) und den christlich-sozialen Politiker Hans Schütz (1901–1982) als prägende Gründungsfiguren personifiziert wurde.

Vor allem Paulus Sladek, der das ‚Vertriebenengelöbnis‘ vorbetete und in der AG Mitstreiter aus der deutschsprachigen katholischen Jugendbewegung der Ersten Tschechoslowakischen Republik versammelte, stand wiederholt im Dissens mit Rudolf Lodgman von Auen (1877–1962), dem damaligen ‚Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe‘, der in der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) den Ton angab und von der AG als einer von drei sudetendeutschen ‚Gesinnungsgemeinschaften‘ neben dem völkischen Witikobund und der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde Unterordnung unter seinen Machtanspruch einforderte. Zwei programmatische Erklärungen illustrierten die divergierenden Ansätze: Lodgman betonte in der im Januar 1950 verabschiedeten ‚Detmolder Erklärung‘ die „Schicksalsverbundenheit mit Deutsch-

1 Sladek, Paulus: Sühnegebet und Gelöbnis der Heimatlosen, 1945. In: Ders.: Not ist Anruf Gottes. Aus Veröffentlichungen, Rundschreiben, Predigten und Briefen. Dokumente zur Geschichte der Vertriebenenenseelsorge. Festgabe zum sechzigjährigen Priesterjubiläum. Hg. v. Rudolf Ohlbaum. München-Königstein/Ts. 1991, S. 107–109, hier S. 107.

2 Ebd.

3 Einen sehr kritischen Blick auf die Ackermann-Gemeinde in ihren Anfangsjahren wirft Weger, Tobias: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen, 1945–1955. Frankfurt/M. 2008. In das Spektrum kirchlicher Vergemeinschaftungen von deutschen Heimatvertriebenen wird die AG eingeordnet bei Voßkamp, Sabine: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972. Stuttgart 2007.

land“ und schlug damit deutschnationale Töne an.⁴ Ihr ging die im November 1949 auf Initiative von Sladek verabschiedete ‚Eichstätter Deklaration‘ voraus, die das „Selbstbestimmungsrecht ganz Europas“ hervorhob.⁵ Sie war mit einer rhetorischen Europäisierung der eigenen Vertreibungserfahrung der in der Außendarstellung langfristig erfolgreichere Ansatz.

Unmittelbar an der Grenze zur Tschechoslowakei hielt Paulus Sladek im August 1955 in Haidmühle im Bayerischen Wald eine Predigt, in der er sich an das tschechische Volk wandte: „Wir sind an euch schuldig geworden durch Geringschätzung, durch Verachtung.“⁶ Damit ging er über das ‚Vertriebenengelöbnis‘ hinaus, das nicht ein von Deutschen an Tschechen verübtes Unrecht, sondern eine individuelle Schuldigkeit vor Gott bemühte. Sladek verlor in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in der AG jedoch stark an Einfluss. Nun dominierte eine vom Bundesvorsitzenden Hans Schütz vertretene Linie, die sich an der Mehrheitsmeinung in der SL orientierte. Dies zeigte sich vor allem im Geschichtsbild, indem Schütz wie die maßgeblichen Kreise in der Landsmannschaft postulierte, die weitere Gültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 sei eine ‚offene Frage‘.⁷

Die Fixierung auf die eigene ‚sudetendeutsche Volksgruppe‘ stieß ab Mitte der 1960er Jahre immer stärker auf internen Widerspruch. Im Juli 1969 schlug mit der Jungen Aktion der Jugendverband der AG Alarm.⁸ Gegen Formulierungen wie „unsere Heimat“ seien sie „allergisch“, erklärten die Jüngeren. Ihre Lebensrealität liege mehr als 20 Jahre nach der Vertreibung in der Bundesrepublik. Zudem sei die Mitwirkung in der SL immer mehr ein Reputationsrisiko, denn:

„Die Junge Generation hat gerade bei ihren Kontakten zur ČSSR festgestellt, daß eine Mitarbeit in der SL der Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volk im Wege steht.“⁹

Diese Auseinandersetzung zwischen Jung und Alt blieb nicht folgenlos. Mit ihren im Juli 1970 verabschiedeten neuen Leitsätzen formulierte die AG die „Versöhnung mit dem Osten“ zu ihrem obersten Vorsatz.¹⁰ Tatsächlich blieb der besonders in der Jun-

4 Zit. nach Weger, „Volkstumskampf“ ohne Ende? (wie Anm. 3), S. 136.

5 Eichstätter Deklaration (1949). In: Ackermann-Gemeinde (Hg.): Weg und Ziel. 4. überarb. u. erg. Aufl. München 2004, S. 34 f. hier S. 34.

6 Sladek, Paulus: Predigt beim deutsch-tschechischen Gottesdienst am 5. August 1955 an der Grenze bei Haidmühle im Bayerischen Wald. In: Ackermann-Gemeinde (Hg.): Zukunft trotz Vergangenheit. Texte zur deutsch-tschechischen Versöhnung. München 2005, S. 113–118, hier S. 115.

7 Vgl. Raschhofer, Hermann: Das Münchner Abkommen im Rahmen der völkerrechtlichen Entwicklung der Sudetenfrage (I). In: Ackermann-Gemeinde (Hg.): München 1938 – eine offene Frage. München 1958, S. 53–77, hier S. 76.

8 Mit der Jungen Aktion und anderen Verbänden der katholischen Vertriebenenjugend befasst sich Jäschke, Georg: Wegbereiter der deutsch-polnisch-tschechischen Versöhnung? Die katholische Vertriebenenjugend 1946–1990. Münster 2018.

9 Archiv der Ackermann-Gemeinde, München (AAG). 80: Brief an die Teilnehmer der Vorstandssitzung der AG und des Gesprächs mit der jungen Generation. München. 15.07.1969.

10 Ackermann-Gemeinde: Leitgedanken 1970. In: Dies., Weg und Ziel (wie Anm. 5), S. 15–17, hier S. 16.

gen Aktion geäußerte Wille zur „Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volk“ keine leere Phrase. Zum einen erweiterte die AG ihre Kontakte zu tschechischen Exilkreisen in der Bundesrepublik. Zum anderen versuchte sie ab Mitte der 1960er Jahre, Katholiken und verbliebene Deutsche in Böhmen, Mähren und Schlesien materiell zu unterstützen. Die grenzüberschreitende Tätigkeit war in der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges und des damit verbundenen strikten Grenzregimes allerdings eine gewaltige organisatorische Herausforderung.

Als Innovator und Organisator dieser deutsch-tschechischen Kontakte, die unter erschwerten Bedingungen stattfanden, fungierte der AG-Hauptgeschäftsführer Adolf Kunzmann (1920–1976). Schon Anfang der 1960er Jahre gründete die AG ‚Osthilfekreise‘, um sudetendeutsche Vertriebene in der DDR zu unterstützen. Mitte der 1960er Jahre sind erste materielle Hilfslieferungen in die Tschechoslowakei verbürgt. Sie liefen über das Sozialwerk der AG. Kunzmann informierte in einer AG-Vorstandssitzung im September 1966: „Die Büchersendungen in die Tschechoslowakei gewinnen immer größere Bedeutung, zumal sie einen wirklichen Kontakt mit dem tschechischen Klerus herstellen.“¹¹

Diese „wirklichen Kontakte“ mit dem tschechischen Klerus und die im Zeitverlauf zunehmenden Begegnungen auf tschechoslowakischem Territorium waren die entscheidenden Faktoren, weshalb die AG unter intensive Beobachtung sowohl des tschechoslowakischen Innenministeriums als auch der diesem unterstellten Staatssicherheit (*Státní bezpečnost* – StB) geriet. Generell weckten Exponenten deutscher Vertriebenenverbände das Interesse der östlichen Dienste. Das Spezielle bei der AG war, dass weniger angeblich ‚revanchistische‘ Bestrebungen und eine mögliche nationalsozialistische Vergangenheit ihres Personals in den Blick gerieten, sondern sich die Beobachtung auf ihre Verbindungen zur als staatsfeindlich angesehenen katholischen Kirche in der Tschechoslowakei fokussierte. Dabei weckten die grenzüberschreitenden Kontakte das weitaus größere Interesse als die Kooperation der AG mit der exiltschechischen katholischen Laienorganisation Opus Bonum, die wegen ihrer Vermittlerrolle unter verschiedenen Strömungen des tschechischen Exils selbst Beobachtungsobjekt der Prager Behörden war.¹²

11 AAG. 107: Protokoll der Vorstandssitzung der AG. München. 01.09.1966.

12 Das Opus Bonum wurde von Anastáz Opasek (1913–1999), dem in die niederbayerische Benediktinerabtei Rohr emigrierten Erzabt des Prager Klosters Břevnov, gegründet. Opasek setzte sich stark dafür ein, die Charta 77 im tschechischen Exil in der Bundesrepublik salonfähig zu machen. Petr Placák zeichnet die Tätigkeit des Opus Bonum und auch dessen Beobachtung durch die StB in seinem Beitrag nach. Die Ackermann-Gemeinde erwähnt er trotz ihrer maßgeblichen Rolle in der Etablierung der Organisation nicht: Vgl. Placák, Petr: Lidská práva aneb Člověčenství. Charta 77 na půdě exilové organizace Opus bonum [Menschenrechte oder Menschlichkeit. Die Charta 77 auf dem Boden der Exilorganisation Opus bonum]. In: Paměť a dějiny 10/4 (2016), S. 26–36.

Wie die Ackermann-Gemeinde Ziel einer groß angelegten Aktion wurde

Adolf Kunzmann geriet unter intensivere Beobachtung durch die tschechoslowakische Staatssicherheit, als er ab dem Jahr 1966 begann, die Kontakte zu Katholiken in der Tschechoslowakei und zur verbliebenen deutschen Minderheit massiv auszubauen. In diesem Jahr reiste der Brünner Genetiker und Direktor des dortigen Mendel-Museums, Vítězslav Orel (1926–2015), für einen sechsmonatigen Forschungsaufenthalt nach München. Nachdem er das Vertrauen des geistlichen AG-Vordenkers Paulus Sladek gewonnen hatte, erhielt er im Januar 1967 als Agent unter dem Tarnnamen „Marek“ den Auftrag, sich der „kirchlichen und revanchistischen Organisation“ der AG zu widmen.¹³ Eine auf den 20. Mai 1968 datierte Akte der Brünner Dienststelle der StB stützte sich auf dessen Bericht über Kunzmann, der im Frühjahr des betreffenden Jahres persönlich nach Brünn (Brno) gereist war: „Der Genannte drückt sein Interesse und Bestreben aus, sich in das politische Leben der ČSSR einzumischen, indem er unseren Mitarbeiter ‚Marek‘ davon überzeugt, dass eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht möglich ist.“¹⁴

Mit dieser Vermutung schien die Staatssicherheit nicht danebengelegen zu haben. Tatsächlich berichtete Kunzmann auf einer Vorstandssitzung der AG im Juli 1968 von einer Reise nach Brünn. Er hob seine Begegnung mit Vojmír Šimonek (*1915) hervor. Der damalige Chefredakteur der grundsätzlich regimetreuen, zur Zeit des Prager Frühlings jedoch eigenständiger berichtenden *Prager Volkszeitung* habe ihm gesagt, dass in der „sudetendeutschen Frage“ etwas passieren müsse.¹⁵ Als Partner kamen demnach nur die Ackermann- und Seliger-Gemeinde infrage. Dafür qualifizierte diese beiden ‚Gesinnungsgemeinschaften‘ ihre Politik, die weniger konfrontativ ausfiel als jene des völkischen Witikobundes, der die SL zu diesem Zeitpunkt dominierte.

In seinen eigenen Worten umriss Kunzmann das Programm der AG, „die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei zu verbessern und der Kirche Hilfe zu leisten.“¹⁶ Die StB kam anhand des Berichts ihres Agenten „Marek“ zu einer ähnlichen Schlussfolgerung und schrieb: „Die Ackermann-Gemeinde wird ihre Propaganda- und Unterstützungstätigkeiten auf die Stärkung der Position der katholischen Kirche in der ČSSR ausrichten.“¹⁷ Damit umriss sie die Motive, weshalb sie die den AG-Hauptge-

¹³ Vgl. Vybíralová, Eva: Revanšisti, či průkopníci smíření? Ackermann-Gemeinde a její podpora katolické církve v Československu v době komunismu [Revanchisten oder Pioniere der Versöhnung? Die Ackermann-Gemeinde und ihre Unterstützung der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei während der kommunistischen Zeit]. In: *Securitas imperii* 34/1 (2019), S. 254–276, hier S. 271.

¹⁴ Archiv bezpečnostních složek, Praha (ABS) [Archiv der Sicherheitsorgane, Prag]. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 20.05.1968.

¹⁵ Vgl. AAG. 107: Niederschrift über die Vorstandssitzung der AG. 30.07.1968.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 20.05.1968.



Abb. 1: Adolf Kunzmann, Anfang der 1970er Jahre
(Archiv der Ackermann-Gemeinde, München)

schäftsführer ausspionierte. Trotz entsprechender Rhetorik waren dafür nicht vermeintlich „revanchistische“ Umtriebe im Ausland der Grund, sondern die Nähe der AG zur Kirche in der Tschechoslowakei, in der die Machthaber eine Bedrohung der öffentlichen Ordnung sahen. Daher war aus Sicht der StB höchste Wachsamkeit geboten.

Trotzdem versuchte der damalige AG-Bundesvorsitzende Schütz, die Initiative Kunzmans auszubremsen, indem er im Vorstand erklärte, dass es sich bei diesen grenzüberschreitenden karitativen Aktivitäten „um nicht mehr als Versuche“¹⁸ handle:

„Wir müßten uns hierbei von zwei Gesichtspunkten leiten lassen: erstens ist zu beachten, daß jetzt nicht die Zeit dazu da ist, unser Anliegen bei den Tschechen anzubringen. Diese haben mit ihren großen wirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen. Zum anderen muß auf ein gutes Einvernehmen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bedacht genommen werden.“¹⁹

Letztlich konnte Schütz diese „Versuche“, die schrittweise zur eingeübten Praxis wurden, nicht stoppen. So wie die karitative Hilfe für tschechische Katholiken an Fahrt aufnahm, intensivierte sich die Beobachtung durch die StB. Im Mai 1968 entschlossen sich die tschechoslowakischen Behörden zur großangelegten Aktion „Revanche“ (*Revanš*), an deren Anfang der bereits erörterte Bericht des Agenten „Marek“ stand. Zu ihrem Höhepunkt im Jahr 1973 beteiligten sich an der Aktion sieben regionale StB-Vertretungen. Nicht nur Kunzmann selbst, sondern auch all jene, die in der ČSSR mit ihm in Verbindung standen, sollten beobachtet werden. Dafür wurden

¹⁸ AAG. 107: Niederschrift über die Vorstandssitzung der AG. München. 30.07.1968.

¹⁹ Ebd.

weitere Agenten eingesetzt.²⁰ Der beträchtliche Aufwand deutet darauf hin, dass das Ziel der Aktion nicht das harte Unterbinden der Aktivitäten war, sondern in erster Linie die Informationsgewinnung.

Wegen ihres großen Umfangs soll die Aktion „Revanche“ hier nicht umfassend analysiert,²¹ sondern ein spektakuläres Fallbeispiel herausgegriffen werden. Dieses begann, als Adolf Kunzmann neue Wege für einen theologischen Literaturversand in die Tschechoslowakei erörterte. Mit ihm sollten die Gedanken des Zweiten Vatikanischen Konzils verbreitet werden. Er kam dafür mit Jan Mára (1912–2012), dem damaligen Direktor der tschechischen Caritas, ins Gespräch. Über ihn wusste er, dass er der regimetreuen ‚Friedenspriesterbewegung‘ *Pacem in Terris* angehörte. Trotzdem nahm Kunzmann im Februar 1972 an einer Tagung der christlichen Friedensbewegung in Frankreich teil und traf sich mit Mára in Paris. In einer „streng vertraulichen“ Notiz informierte er danach hochrangige deutsche Kirchenvertreter wie den Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner (1913–1976):

„Jan Mara ist in seiner Eigenschaft als Direktor des Caritasverbandes [sic!] für Böhmen und Mähren führendes Mitglied der regimetreuen Priestergruppe ‚Pacem in terris‘. Die tschechische Caritas untersteht völlig dem Einfluß des Staates. Der Vorsitzende des Caritasverbandes für Böhmen und Mähren ist der Kapitalvikar von Olmütz, Josef Vrana; er ist Vorsitzender der Priestergruppe ‚Pacem in terris‘: [...] Seine Darstellung über die Koexistenz von Christentum und Marxismus gingen dahin, daß die Kirche sich völlig dem Staat bzw. den Organen der sozialistischen Gesellschaft unterzuordnen hat. Einen Einfluß des Vatikans auf die kirchliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern hält er für zweitrangig. Die Priestergruppe ist der Auffassung, daß die Kirche in der CSSR auf längere Frist hin gesehen nur existieren kann, wenn eine dauernde Zusammenarbeit mit dem Staat gefunden wird. Da der Staat in der CSSR gleichbedeutend ist mit der kommunistischen Partei oder den sog. Parteien in der ‚Nationalen Front‘, ist eine Zusammenarbeit mit der Partei unerlässlich.“²²

Weshalb kooperierte Kunzmann mit einem loyalen Anhänger des in der AG verhassten kommunistischen Regimes? Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass er den Nutzen für die grenzüberschreitenden Aktivitäten höher veranschlagte als die Risiken. Jan Mára erweckte erfolgreich den Eindruck, der AG bei ihrer ‚Osthilfe‘ behilflich sein zu können. Er zeigte sich laut Kunzmann „sehr beeindruckt“ von den Hilfeleistungen der vertriebenen sudetendeutschen Katholiken. Diese würden die Situation in der Tschechoslowakei „am besten verstehen“. Kunzmann konnte diesen schmeichelnden Tönen teilweise widerstehen und lehnte Máras Vorschlag ab, die Büchersendungen

²⁰ Vgl. Vybíralová, *Revanšisti* (wie Anm. 13), S. 271–274.

²¹ Allein in der für diese Abhandlung maßgeblichen Online-Datenbank des Archivs der Sicherheitsorgane sind 1.620 Fotografien zur Aktion „Revanche“ erfasst. Vgl. ABS: eBadatelna Archivu bezpečnostních složek [eBadatelna. E-Reading-Room des Archivs der Sicherheitsorgane]. URL: <https://www.ebadatelna.cz/> (22.02.2022).

²² AAG. 1053: Streng vertrauliche Notiz von Adolf Kunzmann über eine Begegnung mit dem Direktor der tschechischen Caritas, Jan Mára, und seiner Mitarbeiterin in Paris. München. März 1972.

über die Caritas laufen zu lassen. Kunzmann bat die Kirchenhierarchie gleichwohl um Rückendeckung für weitere Gespräche:

„Abschließend ist zu bemerken, daß das Gespräch, das hier nur stichpunktartig wiedergegeben werden kann, nicht nur interessant, sondern auch für die Zukunft der humanitären Hilfe für die Kirche in der CSSR von Bedeutung war. Wenn es der Wunsch des deutschen Episkopates ist, würde ich gerne diesen Kontakt so weit aufrecht erhalten, als wir mit einer Rückendeckung für unsere Hilfsmaßnahmen von seiten [sic!] seiner Institution rechnen können.“²³

Für Kunzmann hatten die Begegnungen mit Mára insofern Folgen, als dieser in seiner Eigenschaft als Agent „Jenda“ regelmäßig der StB berichtete. Er schien gezielt auf den Hauptgeschäftsführer der AG angesetzt worden zu sein, der trotz seines Wissens über die Regimetreue Máras relativ offenherzig über seine Ziele berichtete. So soll Kunzmann auf einem Treffen am 9. Juni 1971 in Prag gesagt haben, dass er im Kontakt mit exiltschechischen katholischen Missionen in der BRD stünde,²⁴ die ebenfalls Beobachtungsobjekte der Staatssicherheit waren.²⁵

Korrekt fasste Mára zusammen, dass Kunzmann mit dem Münchner Erzbischof Julius Kardinal Döpfner zusammenarbeitete. Demnach sei Kunzmann wohl von Döpfner beauftragt, in der ČSSR im kirchlichen Bereich Kontakte zu knüpfen. Zudem habe Kunzmann von dem Grundsatz der AG erzählt, in der ‚Osthilfe‘ legale Wege zu verfolgen. Weiter habe er von seiner Absicht berichtet, sich mit dem Olmützer Titularbischof Josef Vrana (1905 – 1987) zu treffen, um Möglichkeiten in der theologischen Literaturhilfe auszuloten.²⁶ Vrana war als Vorsitzender von Pacem in Terris und des tschechischen Caritasverbandes in der AG umstritten. Letztere kritisierte in ihrer Publizistik auch die vom Regime betriebene Einsetzung Vranas auf den vakanten Olmützer Bischofsstuhl scharf.²⁷

Beriet der Hauptgeschäftsführer der Ackermann-Gemeinde Willy Brandt?

Hoch spekulativ war hingegen die Vermutung des einschlägigen StB-Berichts, wonach Kunzmann den damaligen SPD-Bundeskanzler Willy Brandt in Fragen der staatlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei beriet, gleichzeitig aber auch eine Strömung in der damaligen Oppositionspartei CDU anführe:

²³ Ebd.

²⁴ Vgl. ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 10.06.1971.

²⁵ Vgl. Placák, *Lidská práva aneb Člověčenství* (wie Anm. 12).

²⁶ Vgl. ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 10.06.1971.

²⁷ Vgl. Ackermann-Gemeinde (Hg.): *Die tatsächliche Lage der katholischen Kirche in der ČSSR*. München 1973, S. 54 f.

„Nach aktuellen Erkenntnissen [...] insbesondere aus den Verhandlungen, die KUNZMANN mit katholischen Laien und Geistlichen in der ČSSR führt, handelt es sich um einen ausgesprochen raffinierten westdeutschen Revanchisten, der unter dem Deckmantel verschiedener Gaben auf unserem Territorium breite Kontakte knüpft, die er versucht, in der Zukunft zum Vorteil der katholischen Kirche in der Bundesrepublik zu nutzen. Kunzmann könnte in seiner Position Berater des deutschen Kanzlers Brandt in Fragen der Friedensverhandlungen zwischen der CSSR und der DDR sein, insbesondere in Fragen des Münchener Abkommens von 1938. Laut nicht verifizierten Erkenntnissen ist Kunzmann der Anführer einer Gruppe innerhalb der CDU.“²⁸

Inwieweit Mára oder Mitarbeiter der Prager StB-Zentrale diese Thesen formuliert hatten, lässt sich anhand der vorliegenden Quellen nicht eruieren. Auffällig ist allerdings, wie in dem Bericht vom 10. Juni 1971 nüchterne Beobachtungen und ideologisch geprägte Zuschreibungen ineinander übergingen. Die Darstellung Kunzmans als „ausgesprochen raffinierter westdeutscher Revanchist“ offenbarte in bloß vier Worten, wie sich konspirative Vorstellungen und alte Feindbilder des kommunistischen Regimes verdichteten. Die Vermutung hinsichtlich der Tätigkeit Kunzmans in der CDU traf jedoch nicht zu, weil dieser ab dem Kriegsende in Bayern lebte, dem Tätigkeitsgebiet der Schwesterpartei CSU.²⁹

Wie verhielt es sich mit den von Mára vermuteten Verbindungen Kunzmans zur sozialliberalen Regierung Brandts? Für direkte Kontakte Kunzmans mit dem damaligen Bundeskanzler liegen keine Belege vor. Doch weil die AG im Unterschied zur SL nicht jedes Abkommen mit der Tschechoslowakei ablehnte – was die Prager StB am 14. Juni 1971 zutreffend notierte –, lag zwischen der AG und der sozialliberalen Bundesregierung zum damaligen Zeitpunkt kein unüberbrückbarer Gegensatz. Kunzmann stand wohl nicht mit Brandt, dafür aber mit dem von den Liberalen geführten Auswärtigen Amt (AA) im Kontakt. Schon am 14. Januar 1970 schrieb Kunzmann einen Brief an den im AA für „Ostfragen“ zuständigen Referenten Herwig Effenberg, der sein Ansprechpartner bleiben sollte, und berichtete über seine jüngste Reise in die ČSSR. Er schrieb, er habe „wertvolle Informationen“ über die kirchenpolitische wie allgemeine Situation gewinnen können und bestätigte damit die Einschätzung seiner Motive durch die StB. Vor allem informierte Kunzmann Effenberg über das Vorhaben der AG, 100 Abonnements der *Prager Volkszeitung* zu kaufen. Damit sollte das Überleben des in finanzielle Schieflage geratenen Mediums der deutschen Minderheit gesichert werden.³⁰

Diese Hilfe wurde von der Zeitung keineswegs mit einer gefälligen Berichterstattung vergolten. Im Gegenteil löste ein im Oktober 1971 in der *Prager Volkszeitung* veröffentlichter Beitrag in der AG große Empörung aus, weil er die Aussiedlung der

²⁸ ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 10.06.1971.

²⁹ Vgl. Paleczek, Raimund: Adolf Kunzmann. In: Ackermann-Gemeinde (Hg.): Die Ackermann-Gemeinde. Integration und Dialog – sechs Jahrzehnte Friedensarbeit. München 2007, S. 102f.

³⁰ Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin (PA AA). B39. Bd. 48: Brief Kunzmans an Effenberg. 14.01.1970.

Deutschen als „optimale Lösung“ bezeichnet hatte.³¹ Die Formulierungen in einem Protestbrief machen deutlich, dass die AG erwartete, dass ein künftiger deutsch-tschechoslowakischer Vertrag die Vertreibung der Deutschen als Unrecht benennen würde:

„Wie in der Resolution ausgedrückt, möchte die Ackermann-Gemeinde die künftigen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR nicht mit Forderungen belasten; sie steht allerdings auf dem Standpunkt, daß eine deutsch-tschechoslowakische Verständigung über die heutige Wirkung des Münchner Abkommens weder direkt noch indirekt als eine Legalisierung der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei ausgelegt werden darf und daß dem im Vertragstext Rechnung getragen werden sollte.“³²

Diese Erwartungen wurden letztlich enttäuscht, als im Dezember 1973 mit dem Prager Vertrag ein zwischenstaatliches Übereinkommen zwischen der BRD und der ČSSR geschlossen wurde. So wurde die Vertreibung der Deutschen in dem Vertrag nicht einmal erwähnt. Im *Mitteilungsblatt* der AG vom Mai 1974 übte der geistliche Beirat Paulus Sladek grundsätzliche Kritik an der Neuen Ostpolitik. Er beschrieb staatliche Entspannungspolitik als „Machtpolitik“, die nicht vom Anliegen der „Versöhnung“ geleitet sei. Eine solche müsste, so Sladek, vergangenes Unrecht aufarbeiten und dürfe es nicht verschweigen.³³

Trotz dieses Dissenses über den schlussendlichen Prager Vertrag belegt der im Politischen Archiv des AA einsehbare Austausch zwischen Kunzmann und dem Referenten Herwig Effenberg im Bonner Außenministerium, dass die Vermutung der StB, dass Kunzmann mit der Regierung von Brandt verbunden war, einen wahren Kern besaß. Wie die StB zu dieser Annahme gelangt war, ist unklar. Trotz mancher ideologisch und spekulativ geprägter Folgerungen war die StB gut über den Hauptgeschäftsführer der AG informiert, der bis zu seinem plötzlichen Tod im Juli 1976 Dreh- und Angelpunkt in den grenzüberschreitenden Beziehungen der Organisation war. Daran anknüpfend stellt sich die Frage, inwieweit Kunzmann die Überwachung durch die StB antizipierte und welche Gegenstrategien er und andere Akteure in der AG entwickelten, um sich der Beobachtung zu entziehen?

³¹ AAG. 1053: Brief der Ackermann-Gemeinde an den Vorsitzenden des Kulturverbandes der Bürger der ČSSR deutscher Nationalität. München. Dezember 1971.

³² Ebd.

³³ Vgl. Sladek, Paulus: Versöhnung als christliche Aufgabe. In: *Mitteilungsblatt der Ackermann-Gemeinde* 5 (1974), S. 1f., hier S. 1.

Wie die Ackermann-Gemeinde mit ihrer möglichen Beobachtung umging

Dass Kunzmann von der Agententätigkeit seiner Kontaktpersonen wie Jan Mára oder Vítězslav Orel erfahren hatte, ist anhand der vorliegenden Quellen nicht verbürgt. Kunzmann nahm eine mögliche Überwachung jedoch in Kauf. Diese Aussage kann deshalb so klar formuliert werden, weil der AG-Hauptgeschäftsführer sich zumindest über die Nähe des Pacem in Terris-Direktors Mára zum kommunistischen Regime im Klaren war und sich sogar bei der Kirchenhierarchie rückversicherte, um diesen Austausch dennoch weiterzuführen. Dabei zeigt sich exemplarisch der große Pragmatismus, der Kunzmann ebenso auszeichnete wie Franz Olbert (*1935), der nach Kunzmanns Tod dessen Funktion übernahm und Ziel der StB-Aktion „Ersatzmann“ (*Náhradník*) wurde. Die beiden waren Pragmatiker, die sich in ihren Vorhaben nicht durch ideologische Scheuklappen einschränken ließen.

Als ein auf den ersten Blick banal erscheinendes Gegenmittel gegen die Beobachtung durch die StB wirkte, dass Vertreter der AG ebenso über ihre Begegnungen berichteten. Was Kunzmann dem Münchner Kardinal Döpfner und anderen kirchlichen Akteuren über Mára mitteilte, war eine Beobachtung unter umgekehrten Vorzeichen. Auch mit dem Referenten Effenberg im AA teilte der AG-Hauptgeschäftsführer sein Wissen. So schrieb Effenberg am 23. Februar 1972 in einer amtsinternen Information:

„Anlässlich meines Abschiedsbesuches bei der Ackermann-Gemeinde in München unterrichtete mich das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Adolf Kunzmann über das Ergebnis eines Gespräches, das er mit Genehmigung von Kardinal Döpfner und im Auftrag des Episkopats mit dem Direktor der Caritas für Böhmen, Jan Mara, Kanonikus und Pfarrer in St. Ludmilla, Prag, in Paris führen konnte. Pfarrer Mara wird den regimetreuen katholischen Priestern zugezählt und reiste im Auftrage der tschechoslowakischen Gruppe PACEM IN TERRIS und im Auftrag von Bischof Tomasek, Prag, zu dem in Lille abgehaltenen Kongreß der katholischen Friedensbewegung. Pater Mara, der in Begleitung einer tschechoslowakischen ‚Historikerin‘ das Gespräch führte, ließ u. a. im Verlauf dieses Kontaktes erkennen, daß die tschechoslowakische ex-tunc-Forderung weniger von tschechoslowakischer Seite als auf Druck der sowjetischen Regierung und der DDR-Regierung erhoben werde.“³⁴

Zudem waren die Aktiven in der AG sich stets bewusst, dass sie das Interesse der Prager Sicherheitsbehörden wecken könnten. Ein leider nicht datierbarer „Ratschlag zur Wahrung der Sicherheit bei Reisen in kommunistische Länder“ der AG erklärte über die „Beschaffenheit der kommunistischen Nachrichtendienste“:

„Die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der kommunistischen Länder unterscheiden sich von denen westlicher Länder. Sie spielen eine große Rolle bei der Gestaltung und Durchführung der

³⁴ PA AA. B39. Bd. 62: Notiz Effenbergs betreffend Kontakte der AG mit der tschechoslowakischen Caritas. 23.02.1972.

politischen Richtlinien ihrer Regierungen sowohl im Hinblick auf ihre eigenen Bürger als [auch] auf Angehörige anderer Länder. Die größte und aktivste nachrichtendienstliche Organisation des Sowjetblocks ist der russische Nachrichtendienst. Aber die Organisationen anderer kommunistischer Länder sind auch umfangreich und sie arbeiten gewöhnlich eng zusammen.“³⁵

Diese Handreichung sensibilisierte die im Zuge der ‚Osthilfe‘ der AG Reisenden dafür, dass potenziell jeder Kontakt verfänglich sein könnte. Politische Äußerungen einer zufälligen Bekanntschaft seien keine verlässliche Richtlinie für ihre tatsächliche Auffassung, hieß es, und es sei unklug, sich zu Äußerungen verleiten zu lassen, die als subversiv ausgelegt werden könnten. Es gebe keine völlige Sicherheit, denn es habe „schon viele Fälle [gegeben], in denen Leute kompromittiert und dann in dem Glauben gelassen wurden, sie seien dem Unheil entgangen, um dann nach Jahren das Opfer einer Erpressung zu werden.“³⁶

Es ist nicht bekannt, ob Informationen über das Privatleben von AG-Mitgliedern als Druckmittel tatsächlich gegen diese eingesetzt worden sind. Durchaus hatte die StB jedoch solche Informationen gesammelt, was ihr wesentliches Ziel der Informationsbeschaffung verdeutlicht. So informierte ein auf den Agenten „Jenda“ gestützter Bericht darüber, dass zwei von Kunzmanns erwachsenen Töchtern sich zur 1968er Bewegung bekennen würden, die das gesellschaftliche System „im Geiste des Sozialismus“ erneuern wolle.³⁷ Auch für das Privatleben seines Nachfolgers Franz Olbert interessierten sich die StB. Sie griff auf die sich als „Handelsauskunft und Inkassobüro“ ausgebende Salzburger Firma ‚Merkur‘ zurück, die gezielt auf Olbert angesetzt worden war. Laut ihrem am 12. September 1978 verfassten Bericht konnte aber nichts potenziell Kompromittierendes gefunden werden. Stattdessen war zu lesen: „Die Eheleute werden persönlich einwandfrei beurteilt“ und „Die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse gelten als geordnet.“³⁸

Olbert selbst war sich bewusst, dass er beobachtet wurde. Wie der AG-Generalsekretär der Jahre 1976 bis 1999 im Zeitzeugengespräch berichtete, hatte er in der ČSSR acht Jahre Einreiseverbot und wurde Anfang der 1980er Jahre bei seiner ersten erneuten Einreise „in auffälliger Weise“ von einem Kleinbus bis Königgrätz (Hradec Králové) verfolgt. Die Staatsicherheit habe „vieles geahnt“, meint er im Rückblick.³⁹ Wie Vybíralová auf der Basis eines anderen Zeitzeugengesprächs mit Olbert schreibt, erhielt er auch in München einmal Besuch eines angeblichen Priesters der ‚Osthilfe‘ in Rom, der sich im Nachhinein als Mitarbeiter der StB herausstellte. Olbert erzählte weiter: „Manchmal hatte ich eine gute Nase. Ich kann nicht sagen warum, aber der Mann mochte mich nicht, also habe ich ihn nicht eingestellt.“⁴⁰ Wie die Akten der

35 AAG. 1053: Ein Ratschlag zur Wahrung der Sicherheit bei Reisen in kommunistische Länder.

36 Ebd.

37 ABS. Sign. KR-631420 MV: StB-Bericht über Kunzmann. 18.02.1972.

38 ABS. Sign. 12845/302: „Kollegialauskunft“ des Handels- und Inkassobüros „Merkur“. 12.09.1978.

39 Zeitzeugengespräch des Verf. mit Franz Olbert. 28.03.2018.

40 Zit. nach Vybíralová, *Revanšisti* (wie Anm. 13), S. 275 f.

Staatssicherheit offenbaren, wurde im Zuge der Aktion „Ersatzmann“ im Jahr 1979 der Agent „Marek“ alias Vítězslav Orel reaktiviert. Der Brünner Genetiker, der mehr als zehn Jahre zuvor schon über Kunzmann berichtet hatte, galt als besonders geeignet, um das Vertrauen führender AG-Mitglieder zu gewinnen.⁴¹

Eine weitere Reaktion auf die Überwachung war, dass die AG ihre ‚Osthilfe‘ anders organisierte, als sie es ursprünglich geplant hatte. Die Beobachtung durch die Staatssicherheit zeigte somit ihre Wirkung. So zerschlugen sich Kunzmanns Pläne für einen zentralen theologischen Literaturversand, weil die gut informierten tschechoslowakischen Behörden diesen ab dem Jahr 1969 unterbanden. In der Folge individualisierte die AG ihre karitative Tätigkeit. Nur noch ein Buch pro Sendung war erlaubt. Diese erzwungene Kehrtwende ergab eine Eins-zu-eins-Betreuung durch Freiwillige der ‚Osthilfekreise‘ in den Diözesen. Dies verursachte hohen personellen Aufwand, war jedoch auch eine Gelegenheit, die ‚Osthilfe‘ in der eigenen Basis breit zu verankern und persönliche Bindungen zwischen Sender und Empfänger entstehen zu lassen. Olbert berichtet, dass man eine Veränderung der politischen Verhältnisse dadurch nicht erwartete und dass auch unter seiner Leitung der Grundsatz galt, „nichts Verbotenes“ zu tun, um niemand zu gefährden.⁴²

Die ‚Osthilfe‘ der AG bestand nicht nur aus theologischem Literaturversand. Im August 1974 wurden die Diözesanverantwortlichen der ‚Osthilfekreise‘ von Kunzmann angewiesen, den verbliebenen Deutschen als zweiter Empfängergruppe neben den katholischen Priestern nur „schöngeistige“ Literatur und auf keinen Fall religiöse Bücher zu senden.⁴³ Die Ware sollte so unverfänglich wie nur möglich sein. Auf der Versandliste zur ‚Weihnachtsaktion‘ im Jahr 1978 fielen die Buchthemen Pilze, Hunde und Basteln ins Auge.⁴⁴ Neben Büchern konnten vermehrt Medikamente, orthopädische Hilfsmittel und Lebensmittel auf legale Weise an Deutsche und an katholische Priester versandt werden, was offenbar auf großen Zuspruch stieß.⁴⁵

Die AG konnte diese Güter allerdings nicht in Eigenregie verteilen. Sie war auf tschechischem Gebiet von einheimischen Distributoren abhängig. Eine solche Rolle hatte in Südböhmen Helena Faberová (*1935) inne, die ab den frühen 1970er Jahren als Ökonomin im Bistum Budweis (České Budějovice) wirkte. Wie sie im Zeitzeugengespräch berichtet, erhielt sie ab den frühen 1980er Jahren etwa zwei Mal pro Jahr Besuch von Maria Weiß (1924–1995). Über die Besucherin wusste sie kaum mehr, als dass sie „aus München“ kam und mit dem Auto Lebensmittel, Arzneimittel, Kleidung und Bücher nach Budweis brachte, von wo aus Faberová die Güter an die Begünstigten weiterverteilte. Etwas Entscheidendes über Maria Weiß erfuhr sie erst nach 1989: Das

⁴¹ Vgl. ABS. Sign. 12845/302: Niederschrift über den Stand der Aktion „Ersatzmann“. 25.09.1978.

⁴² Zeitzeugengespräch des Verf. mit Franz Olbert. 28.03.2018.

⁴³ Vgl. AAG. 1275: Protokoll des Gespräches mit den Leitern der Osthilfearbeitskreise des Sozialwerkes der AG. 31.08.1974.

⁴⁴ Vgl. AAG. 1275: Weihnachtsaktion 1978 – ČSSR. Brief des Sozialwerks der AG an den Leiter des Osthilfekreises der (Erz-)Diözese Freiburg. 07.09.1978.

⁴⁵ Vgl. Zeitzeugengespräch des Verf. mit Franz Olbert. 28.03.2018.

sie der AG angehörte und ab 1977 beim AG-Sozialwerk für den Kontakt zu Priestern und Ordensleuten in der ČSSR zuständig war. Die Besucherin offenbarte sich, als sie Faberová in den frühen 1990er Jahren fragte: „Willst du Mitglied in der Ackermann-Gemeinde werden?“ Zuvor habe die Devise gegolten: „Nur nicht genau nachfragen“.⁴⁶

„Religiöser Fanatiker“: Die gescheiterte Anwerbung des Priesters Anton Otte

Diese Verschwiegenheit hatte gute Gründe. Sie war eine Vorsichtsmaßnahme, damit die scheinbar allgegenwärtige Staatssicherheit auch über diese legale ‚Osthilfe‘ nicht zu viel erfuhr. Und sie zeigt exemplarisch, wie die Beobachtung Aktivitäten nicht zwingend verhinderte, jedoch einen geheimnisvollen Mantel des Schweigens um sie hüllte. Der Geheimniskrämerei lag die Angst zugrunde, dass sich unter den Sendern und Empfängern der ‚AG-Osthilfe‘ Personen befänden, die dem tschechoslowakischen Staat Informationen liefern könnten, die er nicht erhalten sollte. Musste die AG befürchten, dass auch in ihren Reihen Zuträger der StB waren? Anhand der vorliegenden Quellen sind keine solchen Fälle bekannt, doch sie können nicht ausgeschlossen werden.

Auf der anderen Seite machte in der AG nach der Samtenen Revolution ein Mann Karriere, bei dem sich einst eine von der StB betriebene Anwerbung zerschlagen hatte. So musste der Priester Anton Otte (1939–2021), der ab 1991 die Vertretung der AG in Prag leitete, die Tschechoslowakei nicht im Zuge der Vertreibung verlassen, sondern siedelte erst im Jahr 1960 in die Bundesrepublik über. Zuvor war der in der mährisch-schlesischen Stadt Weidenau (Vidnava) aufgewachsene Otte fest entschlossen, in ein Priesterseminar in Leitmeritz (Litoměřice) einzutreten.⁴⁷ Das versuchte sich die StB zunutze zu machen. Wie die Akten belegen, wollte sie Otte im Jahr 1959 als „Rekruten“ für ihre Spionagetätigkeit gewinnen. Grund dafür war laut einer Akte vom 4. Januar 1959 nicht nur sein Wunsch, in das Seminar einzutreten, sondern ebenso seine Kontakte zu „aus der Sicht der StB interessanten“ Personen.⁴⁸ Da der Dienst zu dem Zeitpunkt nicht abschätzen konnte, ob Otte in das Priesterseminar aufgenommen werden würde, spielte er beide Szenarien durch. Im idealen Fall sollte Otte ihr „bezahlter Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät in Leitmeritz sein“.⁴⁹ In einem alternativen Szenario sollte er sein bisheriges geistliches Umfeld beobachten.⁵⁰

⁴⁶ Zeitzeugengespräch des Verf. mit Helena Faberová. 12.10.2017.

⁴⁷ Zeitzeugengespräch des Verf. mit Anton Otte. 09.08.2016.

⁴⁸ ABS. Sign. TS-830807 MV: StB-Bericht über Otte. 04.01.1959.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Vgl. ebd.

Ein Gespräch zwischen Anton Otte und dem „geheimen Jesuiten“⁵¹ Václav Uhlíř am 27. Februar 1959 weckte bei den Sicherheitsdiensten allerdings Zweifel an der Eignung des potenziellen „Rekruten“. Laut einer Zusammenfassung des angeblich Gesagten hatte Otte den Jesuiten gefragt, wie er selbst dem Orden beitreten und ob er für ihn weitere Mitglieder werben könne. Uhlíř habe Otte daraufhin zu verstehen gegeben, dass ein solches Vorgehen ein „Hindernis“ für seine eigene Aufnahme sei. Zudem soll Otte offen gesagt haben, dass er auch „verbotene“ Zeitschriften lese.⁵² Jedenfalls endeten die Anwerbeversuche mit einem Paukenschlag: Am 31. März 1960 hielt die Staatssicherheit in Ostrau (Ostrava) in einer „Auswertung“ der Gespräche fest, dass Otte ein „religiöser Fanatiker“ sei und die entsprechenden Akten ins „Archiv“ der gescheiterten Rekrutierungen zu verschieben seien.⁵³

51 So bezeichnete ihn Otte in einem Interviewbuch, in dem der Priester unter anderem über die StB-Verhöre berichtete: Beránek, Josef; Otte, Anton: *Vzdálena Evropa? Fernes Europa?* Prag 2018.

52 ABS. Sign. TS-830807 MV: StB-Bericht über ein Verhör Ottes am 08.01.1960, der sich stark auf die Vorgeschichte des Gesprächs mit Václav Uhlíř bezog. 11.01.1960.

53 ABS. Sign. TS-830807 MV: StB-Auswertung über eine mögliche Rekrutierung von Ottes als Zuträger der StB. 11.01.1960.

